

---

# Politische Bildung in der dualen Berufsausbildung

Auftrag der Berufsschule



*Non scholae, sed vitae discimus*  
Voltaire

Reinhard Zedler

Demokratie ist auf Bildung angewiesen, und damit auch auf politische Bildung. Diesen grundlegenden Zusammenhang hat Bundespräsident Horst Köhler in seiner Berliner Rede "Bildung für alle" am 21. September 2006 herausgestellt: "Unsere freiheitliche Gesellschaft lebt davon, dass mündige Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für sich und für das Gemeinwohl übernehmen. Eine Diktatur kann sich ungebildete Menschen leisten - nein: sie wünscht sich die sogar. Eine Demokratie dagegen braucht wache und interessierte Bürger, die Ideen entwickeln und Fragen stellen. Wo die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, da kann es nicht gleichgültig sein, in welcher geistigen Verfassung sich das Volk befindet." [1]

Um politische Themen in ihrem Entstehungs- und Wirkungszusammenhang zu begreifen, müssen Lösungsalternativen beurteilt und politische Aktivitäten entfaltet werden können. Besonders schwierig ist die Förderung solcher Kenntnisse und Fähigkeiten in der Berufsausbildung. Diese steht nicht im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Doch nach wie vor stellt die Berufsausbildung im dualen System für 60 Prozent der 16- bis 20-Jährigen den Einstieg in das Berufs- und Arbeitsleben dar. Von Seiten der Regierung, von Verbänden, Kammern und Gewerkschaften wird viel unternommen, um zusätzliche Ausbildungsplätze und neue Ausbildungsbetriebe zu gewinnen. Allerdings reichen die unternommenen Aktivitäten nicht aus; es sind neue Wege zu gehen, um junge Menschen in eine Berufsausbildung zu vermitteln. [2] Diese Bemühungen werden von der Öffentlichkeit seit langem zu wenig gewürdigt. [3]

Aber Demokratie bedarf der politischen Bildung aller Bürger. Deshalb kommt es nicht nur auf die politische Bildung von Schülern an allgemeinbildenden Schulen an, sondern sie ist auch nötig für Auszubildende/Berufsschüler. Im Folgenden werden die Struktur der Berufsausbildung und der Auftrag der Berufsschulen hinsichtlich politischer Bildung skizziert. Sodann geht es um politische Einstellungen und Orientierungen Auszubildender/Berufsschüler, soweit sie sich aus neueren Befragungen und empirischen Untersuchungen ablesen lassen. Am Ende werden Ansatzpunkte für eine bessere politische Bildung in der Berufsausbildung insgesamt und besonders an Berufsschulen vorgestellt.

## **Berufsausbildung im dualen System**

Mit der Berufsausbildung im dualen System mit ihren Trägern Betrieb und Berufsschule unterscheidet sich Deutschland von anderen Ländern. Die duale Berufsausbildung kann unter verschiedenen Aspekten betrachtet werden. [4] Unter rechtlichem Aspekt ist die Berufsausbildung im dualen System Gegenstand verschiedener Rechtsbereiche. Die Betriebe sind überwiegend Privatunternehmen, die Berufsschulen zumeist öffentliche Einrichtungen. Die Ausbildung im Betrieb ist durch bundeseinheitliche Ausbildungsordnungen geregelt, während der Unterricht in den Berufsschulen anhand von Rahmenlehrplänen erfolgt. Die duale Berufsausbildung wird erst unter berufspädagogischen Aspekten verständlich. Die Abgrenzung der Aufgaben von Ausbildungsbetrieb und Berufsschule ist schwierig. Häufig geht man davon aus, dass im Betrieb mehr die praktischen Fertigkeiten und Erfahrungen erworben werden, während in der Berufsschule die Berufstheorie vermittelt und der allgemeine Unterricht weitergeführt wird. In der Realität sind jedoch die praktische Ausbildung im Betrieb und die theoretische Ausbildung in der Berufsschule nicht voneinander zu trennen.

Im Alltag der Berufsausbildung besteht oft ein Nebeneinander von betrieblicher und schulischer Ausbildung. Außerdem wird seit langem eine strikte Trennung von beruflicher und politischer Bildung beobachtet und bewertet: hier berufsspezifisches Lernen im Betrieb - dort gesellschaftsbezogenes Lernen in den allgemeinbildenden Fächern, besonders im Politikunterricht der Berufsschule. [5] In dieser Separierung liegt der Grund dafür, dass die Potenziale politischer Bildung in der betrieblichen Berufsausbildung verkannt werden. Die Vorteile betrieblicher Berufsausbildung gegenüber schulisch organisierten Bildungsgängen bestehen gerade darin, dass themenbezogen konkrete Anlässe Auszubildende zur Kommunikation und Interaktion, zum Erwerb sozialer und politischer Erfahrungen anregen können. [6] Insofern bietet die betriebliche Berufsausbildung jungen Erwachsenen einen Ort, um

soziale Verhaltensweisen und die Erfahrung von Möglichkeiten und Grenzen der Selbst-, Mit- und Fremdbestimmung zu erproben.

Jenseits der Trennung von berufsspezifischem und gesellschaftsbezogenem Lernen benötigen Schulabsolventen für die Aufnahme einer Berufsausbildung in einem der 350 Ausbildungsberufe grundlegende Kenntnisse und auch Fähigkeiten. Nach jahrzehntelangem Streit haben Fachleute im Rahmen des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland Merkmale der Ausbildungsreife definiert. Demnach ist eine Person dann ausbildungsreif, "wenn sie die allgemeinen Merkmale der Bildungs- und Arbeitsfähigkeit erfüllt und die Mindestvoraussetzungen für den Einstieg in die berufliche Ausbildung mitbringt".[7] Aus Sicht der Experten gehören zu den unverzichtbaren Mindeststandards schulische Basiskenntnisse, psychologische Leistungsmerkmale, physische Merkmale, psychologische Merkmale des Arbeitsverhaltens und der Persönlichkeit sowie Berufswahlreife. Wird dieser Kriterienkatalog auf die politische Bildung bezogen, fällt auf, dass keine politischen Kenntnisse für die Aufnahme einer Berufsausbildung gefordert werden. Doch genauer betrachtet sind verschiedene Merkmale der Ausbildungsreife der politischen Bildung zuzuordnen. Hierzu gehören beim Merkmalsbereich "schulische Basiskenntnisse" wirtschaftliche Grundkenntnisse; zu den Merkmalen der "Persönlichkeit" zählen "Kommunikationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Kritikfähigkeit, Selbstsicherheit, Teamfähigkeit, Umgangsformen und Verantwortungsbewusstsein". Diese persönlichen Charakteristika lassen sich indirekt der politischen Bildung zuordnen, ohne dass dies im Kriterienkatalog ausgewiesen wäre. Anders gesagt: Die wirtschaftlichen Grundkenntnisse und die genannten sieben Fähigkeiten sind gleichsam Ziele und Leistungen der politischen Bildung allgemeinbildender Schulen, worauf die Berufsausbildung aufbauen kann.

### **Bildungsauftrag der Berufsschule**

Die duale Berufsausbildung bietet vielfältige Anlässe und Chancen für die politische Bildung Auszubildender/Berufsschüler. Aber im Alltag werden die pädagogischen Potenziale, die in der betrieblichen Berufsausbildung bestehen, oftmals nicht genutzt. Deshalb bleibt als Domäne politischer Bildung in der Berufsausbildung der Politikunterricht in der Berufsschule.

Die Berufsschule vermittelt berufliche und allgemeinbildende Lerninhalte unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen der Berufsausbildung. Ausgehend von dieser Aufgabenstellung hat die Kultusministerkonferenz (KMK) in der Rahmenvereinbarung über die Berufsschule 1991 die Bildungsbereiche und Ziele der Berufsschule bestimmt: "Die Berufsschule vermittelt eine berufliche Grund- und Fachbildung und erweitert die vorher erworbene allgemeine Bildung. Damit will sie zur Erfüllung der Aufgaben im Beruf sowie zur Mitgestaltung der Arbeitswelt und Gesellschaft in sozialer und ökologischer Verantwortung befähigen."[8] Nach der KMK sind die Ziele der Berufsschule die Vermittlung einer Berufsfähigkeit, die Förderung beruflicher Flexibilität und der Weiterbildungsbereitschaft sowie des Verantwortungsbewusstseins.[9]

Die Fächer für die allgemeinbildenden Inhalte der Berufsschule lehnen sich in der Regel an die Unterrichtsfächer der allgemeinbildenden Schulen an. In der "Vereinbarung über den Abschluss der Berufsschule" der KMK werden folgende Inhaltsbereiche benannt: "Deutsch, Fremdsprachen, Politik/Wirtschaft, Religion (Ethik) und Sport".[10] Da die Lehrpläne für die allgemeinbildenden Unterrichtsinhalte von den Bundesländern in eigener Zuständigkeit erstellt werden, kommt es zu unterschiedlichen Benennungen und Kombinationen der Fächer. In Bayern heißt das Fach Politik/Wirtschaft an gewerblichen Berufsschulen "Sozialkunde". Hingegen gehören zum allgemeinen Unterricht an kaufmännischen Berufsschulen die berufsübergreifenden Fächer Politik, Deutsch, Sport/ Gesundheitsförderung, Religion und Fremdsprachen, sofern diese nicht dem berufsspezifischen Unterricht zuzuordnen sind.

Trotz der unterschiedlichen Fächerbezeichnung in den Ländern bleibt festzuhalten, dass an gewerblichen wie kaufmännischen Berufsschulen das Fach "Politik" gegeben wird. Nach den Stundentafeln der Berufsschulen aller Bundesländer wird mindestens eine Stunde Politik im Rahmen des durchschnittlich 10- bis 12-stündigen Unterrichts pro Woche erteilt. Lediglich die Stadtstaaten haben in der Berufsschule einen Politikunterricht von zwei Wochenstunden, der jedoch auch Wirtschaftskundeinhalte einschließt. Diese Stundentafeln verdeutlichen, dass der Politikunterricht an Berufsschulen im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II nicht weit genug entwickelt ist. Gleichwohl gehört Politik/Sozialkunde zu den Fächern der Abschlussprüfung.

Der allgemeinbildende Unterricht kann aus berufspädagogischer Sicht vier Aufgaben erfüllen: Er kann der Nachholung dienen, zudem der Verstärkung, dem Ausgleich oder dem Ersatz.[11] Im Hinblick auf politische Bildung kommen vor allem die Aufgaben der Verstärkung und der Kompensation in Frage. Dabei äußert sich die Aufgabe der Verstärkung etwa darin, dass der Politikunterricht in den Dienst des berufsbezogenen Unterrichts gestellt wird. Damit kann der angestrebte Beruf ganzheitlicher erworben und verstärkt ausgefüllt werden. In einem gewissen Gegensatz zu dieser Funktion steht die Ausgleichsfunktion des allgemeinbildenden Unterrichts, denn der Berufsschulunterricht soll nicht allein am berufsbezogenen Unterricht orientiert sein. So befasst sich der Politikunterricht mit allgemeinen politi-

schen und gesellschaftlichen Fragestellungen, weniger mit arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Aspekten.

Daneben stellt sich der Berufsschule auch der Auftrag, Auszubildenden/Berufsschülern zu helfen, sich in der politischen Welt zu informieren und zu orientieren. Es geht darum, Schülerinnen und Schüler dabei zu unterstützen, politisch-gesellschaftliche Zusammenhänge und Entscheidungen in ihren Auswirkungen auf gegenwärtiges und künftiges Zusammenleben zu verstehen und beurteilen zu lernen sowie verantwortlich zu handeln.[12] Auf diese Weise fördert Politikunterricht die Identitätsfindung junger Menschen.

### **Politische Einstellungen Jugendlicher**

In Untersuchungen der 1980er Jahre wird die Situation der politischen Bildung an Berufsschulen allgemein als defizitär gekennzeichnet. Allerdings besitzen viele dieser Untersuchungen nur begrenzte Aussagekraft.[13] Denn erstens wurde mehr oder weniger global nach der Beurteilung und Einschätzung der Berufsschule und ihrer Unterrichtsfächer gefragt. Zweitens wandten sich die Forscher nur an Auszubildende/Berufsschüler, es fehlen Aussagen von Lehrern, Schulleitern und Schulaufsichtsbehörden. Für die Berufsschule gibt es bisher keine objektivierten Leistungsmessungen etwa in Form einer Input-Output-Analyse.

Der Verfasser hat recherchiert, inwieweit neuere Untersuchungen über "Politische Einstellungen Auszubildender/Berufsschüler" vorliegen und ein Zusammenhang zwischen dem Bildungsauftrag der Berufsausbildung und Lernergebnissen aufgezeigt werden könnte. Einen ersten Zugang liefert die Shell-Jugendstudie "Jugend 2006". Hier waren bei den "Statusgruppen" neben Hauptschülern, Realschülern, Gymnasiasten und Studierenden auch "in Berufsausbildung/Erwerbstätige" und "Arbeitslose/Nicht-Erwerbstätige" einbezogen. Es wurden das Interesse an Politik und die Einstellungen Jugendlicher zur Demokratie untersucht. Demnach hält die große Mehrheit der Jugendlichen die Demokratie in Deutschland für eine gute Staatsform; nur neun Prozent in den westdeutschen und 14 Prozent in den ostdeutschen Ländern sind anderer Meinung.[14] Diese allgemeine Zufriedenheit ist jedoch nach den Lebenslagen und eingeschränkten gesellschaftlichen Chancen zu differenzieren. Nach der Zusammenhangsanalyse äußern sich überproportional häufig Arbeitslose (59 Prozent) bzw. Jugendliche, die mit ihrer schulischen/beruflichen Lage unzufrieden sind (54 Prozent), distanzieren zu den Verhältnissen in Deutschland und zur Demokratie.

Die Werte der Analyse verdeutlichen zwar den Zusammenhang zwischen Zufriedenheit mit der Demokratie und der jeweiligen Lebenslage und Bildungssituation, aber für die Fragestellung nach politischen Einstellungen und Orientierungen Auszubildender ist die Auswertung nicht weiterführend. Denn erfahrungsgemäß bestehen Unterschiede zwischen Gymnasiasten und Auszubildenden in der Berufsausbildung. Die Erfahrungen Jugendlicher in der Arbeitswelt sind andere als die gleichaltriger Schüler oder Studenten. Es bleibt rätselhaft, warum die Shell-Forschungsgruppe beim Merkmal "Sozialer Status" nicht "Auszubildende" gesondert ausgewiesen hat, obwohl doch solche Jugendlichen und junge Erwachsene in die Befragung einbezogen waren.

Auch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat mehrere Untersuchungen über "Politische und gesellschaftliche Einstellungen" von Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorgelegt, in denen Auszubildende einbezogen waren. Grundlage der jüngsten Studie ist die 3. Welle des Jugendsurveys. Die Stichprobe umfasste ca. 2 000 Personen von 12 bis 15 Jahren und etwa 7 000 Personen von 16 bis 29 Jahren. Die Auswertung des DJI-Jugendsurveys über politische Beteiligung kommt zum Ergebnis, dass Politik für Jugendliche und junge Erwachsene noch randständiger als früher geworden ist. Dabei ist das Verhaltensrepertoire politischer Artikulation breit, es reicht von der Beteiligung an Wahlen über Unterschriftensammlungen und Demonstrationen bis hin zu Briefen an politische Verantwortliche.[15] Als wichtigen Einflussfaktor für dieses breite Repertoire politischer Beteiligung haben die Forscher des DJI Bildung bzw. das Bildungsniveau ausgemacht. In der Untersuchung wurden beim Bildungsniveau folgende allgemeinbildenden Abschlüsse unterschieden: Hauptschulabschluss, Mittlere Reife und Fachhochschulreife/Abitur.

Diese Differenzierung ist auch bei einer anderen Auswertung zu berücksichtigen, bei der Einstellung Jugendlicher zur Demokratie. In allen drei Wellen des DJI-Jugendsurveys weisen die Ergebnisse wie bei der Shell-Jugendstudie auf eine hohe Akzeptanz demokratischer Ideale bei jungen Menschen in Ost und West gleichermaßen.[16] Nach der DJI-Analyse führen ein niedrigeres Bildungsniveau, die Wahrnehmung sozialer Benachteiligung und soziale Verunsicherung bei jungen Menschen zu einem distanzierteren Verhältnis zur Demokratie. Das Bildungsniveau ist ein bedeutsamer Bedingungsfaktor für Demokratieeinstellungen. Doch auch bei differenzierter Auswertung kann nicht gesagt werden, wie sich Auszubildende verhalten, und schon gar nicht, welchen Einfluss politische Bildung auf ihre Bewertung der Demokratie haben könnte.

Der Verfasser hat deshalb Datenbanken analysiert und andere Institute nach neueren Untersuchungen zu dieser Thematik befragt, etwa das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung - jedes Mal war das Ergebnis Fehl-

anzeige. Zuletzt hat sich das Bundesinstitut für Berufsbildung in einer repräsentativen Verlaufsstudie mit dieser Thematik befasst.[17] Aber diese Längsschnittuntersuchung von Auszubildenden in den Jahren 1992 und 1996 wurde nicht fortgesetzt.

### **Ansatzpunkte für bessere politische Bildung**

Trotz des Fehlens neuerer Forschungsergebnisse über politische Einstellungen und Orientierungen der 1,6 Millionen Auszubildenden und Berufsschüler bestehen Ansätze, die politische Bildung auch für diese große Gruppe junger Menschen zu verbessern. Politische Bildung in der Berufsausbildung hat zum Ziel, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu helfen, Zusammenhänge in der Politik zu erkennen, Urteile zu begründen und politische Handlungsfähigkeit zu erlangen. Es geht bei allen pädagogischen Interventionen darum, Kompetenz in den Dimensionen Erkenntnis-, Urteils- und Handlungsfähigkeit zu vermitteln. Ausgehend von dieser Zielsetzung ist die Praxis politischer Bildung und besonders der Politikunterricht an Berufsschulen in verschiedener Hinsicht zu verbessern.

*Erstens:* Die Berufsausbildung im dualen System bietet für die Integration von beruflicher und politischer Bildung prinzipiell einen chancenreichen Rahmen. Damit würde die im Alltag der Berufsausbildung seit langem bestehende Trennung von beruflicher und politischer Bildung überwunden. Die aktuelle Forderung, Schlüsselqualifikationen in der betrieblichen Berufsausbildung zu fördern, schließt soziales Lernen und den Erwerb der Fähigkeit zur Selbst- und Mitbestimmung ein. Diese nötige Integration erfordert von Betrieben und Berufsschulen Kooperation im Sinne des gegenseitigen Informierens, Abstimmens und der Zusammenarbeit. Da dieses Integrationsmodell didaktisch erst in Ansätzen besteht, ist der Politikunterricht an Berufsschulen in verschiedener Hinsicht zu optimieren. Das schulische Politiklernen kann aus berufspädagogischer Perspektive mit den Funktionen der Verstärkung und Kompensation Strukturen betrieblichen Handelns ausgleichen.

*Zweitens:* Einen Reformansatz des Politikunterrichtes an Berufsschulen bietet - wie für die gesamte Berufsausbildung - die Handlungsorientierung.[18] Handlungsorientierter Unterricht in Politik intendiert gleichermaßen inhaltlich-fachliches, methodisch-strategisches und sozial-kommunikatives Lernen.[19] Handlungsorientierter Unterricht zeichnet sich - im Gegensatz zum lehrerzentrierten Frontalunterricht - durch aktiv-produktives Lernen aus. In der Praxis zeigt sich immer wieder, wie bei schülerorientierter Unterrichtsgestaltung Aktivität und Unterrichtszufriedenheit zunehmen. Ein weiteres Merkmal ist, dass Kommunikation und Kooperation unter den Schülern und zwischen Lehrer und Klasse gleichberechtigt sind. Schüler werden an der Festlegung der Unterrichtsziele beteiligt und zur Gestaltung der Zusammenarbeit herausgefordert. Handlungsorientierter Unterricht erfordert vom Lehrer, über seine eigene Rolle nachzudenken. Gefragt ist im Politikunterricht nicht so sehr der "Unterrichter", sondern der Organisator, Moderator und Berater von Lernprozessen. Lehrer im Politikunterricht müssen Geduld aufbringen, weil es Schülern/Auszubildenden oft schwer fällt, Gegensätzlichkeiten auszuhalten, und sie beim Urteilen mit Entweder-Oder-Schemata ausweichen. Doch mit dieser Schlüsselqualifikation fördern Lehrer die Dialogfähigkeit und Gesprächsfähigkeit junger Menschen - ein wichtiges funktionales Ziel politischer Bildung.

- 1) Berliner Rede von Bundespräsident Horst Köhler in der Kepler-Oberschule in Berlin-Neukölln, in: [www.bundespraesident.de/-/2.633054/Berliner-Rede-von-Bundespraesi.htm](http://www.bundespraesident.de/-/2.633054/Berliner-Rede-von-Bundespraesi.htm) (15.6. 2007).
- 2) Vgl. Reinhard Zedler, Neue Wege der Berufsausbildung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2004) 28, S. 24ff.
- 3) Vgl. Winfried Schlaffke/Reinhold Weiss, *Das duale System der Berufsausbildung*, Köln 1996, S. 11ff.
- 4) Vgl. Andreas Schelten, *Einführung in die Berufspädagogik*, Stuttgart 2004(3), S. 64ff.
- 5) Vgl. Hans-Joachim von Olberg, *Politikunterricht an berufsbildenden Schulen*, in: Wolfgang Sander (Hrsg.), *Handbuch politische Bildung*, Schwalbach 1997, S. 211.
- 6) Vgl. Helmut Pütz, *Grußwort*, in: Karlheinz A. Geißler/Wolf-Dietrich Greinert/Leo Heimerer/Andreas Schelten/Karlwilhelm Stratmann (Hrsg.), *Von der staatsbürgerlichen Erziehung zur politischen Bildung*, Berlin-Bonn 1992, S. 25.
- 7) Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), *Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife*, Nürnberg 2006, S. 13ff.
- 8) Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.), *Rahmenvereinbarung über die Berufsschule*, Bonn 1991.
- 9) Vgl. Reinhard Zedler, *Das Bild der Berufsschule im ausgehenden 20. Jahrhundert*, Köln 2006, S. 42.
- 10) *Vereinbarung über den Abschluss der Berufsschule. Beschluss der KMK vom 1. 6. 1979 in der Form vom 4.12. 1997.*
- 11) Vgl. A. Schelten (Anm. 4), S. 156ff.

- 12) Vgl. Ludwig Henkel, Vermittlung politischer Handlungsfähigkeit - Ein Beispiel aus der Praxis der Berufsschule, in: Gegenwartskunde, 43 (1994), S. 489.
- 13) Vgl. Gerhard P. Bunk, Einführung in die Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Heidelberg 1982, S. 94.
- 14) Vgl. Shell Deutschland Holding (Hrsg.), Jugend 2006, Frankfurt/M. 2006, S. 110ff.
- 15) Vgl. Martina Gille/Sabine Sardei-Biermann/Wolfgang Gaiser/Johann de Rijke, Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland, Wiesbaden 2006, S. 286.
- 16) Vgl. Johann de Rijke/Wolfgang Gaiser/Martina Gille/Sabine Sardei-Biermann, Wandel der Einstellungen junger Menschen zur Demokratie in West- und Ostdeutschland, in: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, (2006) 3, S. 341ff.
- 17) Vgl. Klaus Schweikert, Aus einem Holz? Lehrlinge in Deutschland, Bielefeld 1999, S. 40ff.
- 18) Vgl. A. Schelten (Anm. 4), S. 176ff.
- 19) Vgl. L. Henkel (Anm. 12), S. 497ff.

Zur Person

Reinhard Zedler

Dr. phil., M.A., geb. 1941; Berufspädagoge, Dozent an der Fachhochschule Koblenz, Standort Remagen, RheinAhrCampus, Südallee 2, 53424 Remagen.

E-Mail: reinhard.zedler@web.de

(aus: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 32-33/2007), <http://www.bpb.de/publikationen/RXOWRP.html>)